

ORA ET
LABORA

Bete
und
Arbeits!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

U. I. O. G. D.

Auf daß
in Allem
Gott
verherrlicht
werde!

25. Jahrgang
No 20

Münster, East., Donnerstag, den 21. Juni 1928

Fortlaufende No.
1268

Welt-Rundschau Die deutschen Reichstagswahlen

Annähernd richtig wurde das Resultat der deutschen Reichstagswahlen schon bald nach dem 20. Mai veröffentlicht. Das endgültige Resultat ist wie folgt: 153 Sitze für die Sozialdemokraten, 73 für die Deutschen Nationalen, 61 für das Zentrum, 51 für die Kommunisten, 44 für die Deutsche Volkspartei, 25 für die Demokraten, 23 für die Wirtschaftspartei, 17 für die Bayerische Volkspartei, 13 für die Christlich-nationale Bauernpartei, 12 für die Nationalsozialisten, 8 für die Deutsche Bauernpartei, 3 für den Landbund, 2 für den Sachsischen Landbund. Es wurden insgesamt 30.592.142 Stimmen abgegeben, um die 488 Abgeordneten zu wählen. Diese Zahl zeigt, daß die Beteiligung an der Wahl eine sehr rege war.

Das Wahlsystem in der Republik Deutschland ist ganz verschieden von dem früheren System unter der Monarchie sowohl von dem in den meisten Ländern, Republiken und Monarchien. Das deutsche System hat seine großen Vorteile, aber auch seine bedeutenden Nachteile. Ein Vorteil ist es, daß die Partei keine große Anzahl von Stimmen mehr verliert. Es gibt keine eigentlichen Wahlkreise mehr wie früher, es steht also nicht mehr in der Gewalt einer herrschenden Majorität, durch eine künstliche Wahlkreiseinteilung eine Minderheit zu zerteilen, wie es früher so oft geschah und auch heute noch in vielen Ländern geschieht. Die Stimmberechtigten, wozu alle Personen männlichen und weiblichen Geschlechtes gehören, die das 21. Jahr erreicht haben, wählen nicht mehr für einen Kandidaten, sondern für die Partei, zu deren Programm sie sich bekennen. Die Partei stellt so viele Kandidaten auf, wie sie möglicherweise durchbringen zu können hofft, oder einige mehr. Dieselben werden in der Ordnung aufgestellt, in welcher sie der Parteileitung des Landes am wünschenswertesten erscheinen. 50.000 Stimmen erwählen einen Abgeordneten. Derjenige also, der auf der Liste an erster Stelle steht, wird mit den ersten 50.000 Stimmen erwählt, der zweite durch die zweiten 50.000, und so weiter, so weit die jedesmalige Zahl von 50.000 Stimmen reicht. Für den letzten Abgeordneten einer Partei genügt ein Bruchteil von 50.000 Stimmen, wenn darüber mehr als die Hälfte davon beträgt. So mögen einer Partei wohl 25.000 Stimmen verloren gehen, sie mag aber auch fast ebenso viele gewinnen. Früher waren in einem jeden Wahlkreis alle Stimmen aller Parteien verloren, die nicht die Mehrheit über jede andere Partei errang.

Ein zweiter Vorteil liegt darin, daß dieses System bedeutend mehr Stimmberechtigten an die Wahlurne bringt und folglich ein viel klareres Bild über die wahre Volksstimmung gibt. Infolgedessen sollte es auch nicht ausbleiben, daß viele Wähler, die sonst nur durch die Persönlichkeit des Kandidaten angezogen worden wären, sich reiflicher mit Politik im allgemeinen bekannt machen werden. Zudem macht dieses System alle Stimmabgaben unnötig, die Wahl wird folglich beim ersten Wahlgang entschieden und dem Lande bleibt die oft ekelhafte Propaganda wenigstens für eine andere Woche erspart.

Der Vorteile gibt es vielleicht noch mehr als die angegebenen. Unter den Nachteilen ist einer der schlimmsten, daß das neue System ein fruchtbares Feld für endlose Parteizersplitterung bietet. Jeder Eigenbrötler, der 50.000 Stimmen im Deutschen Reich zu ergattern hoffen kann, hat es in seiner Gewalt, eine neue Partei zu gründen. Das erklärt es auch, daß in der letzten Wahl 31 Parteien einander gegenüber standen. Zum Glück sind davon bloß 13 am Leben geblieben. Der italienische Diktator Mussolini hat sich über diese große Anzahl der Parteien bei den deutschen Wahlen lustig gemacht und diesen Umstand als Beweis angeführt, daß keine eigene neue Wahlmethode für Italien bei weitem den Vorzug verdiene. Er vergißt jedoch, daß hier ein Verfall nicht stattfinden kann, da er für Italien die Wahlen praktisch abgeschafft hat. Ein Mann, der seinen Titel gelöst hat, um ihm die Eigenschaften abzugewöhnen, hat kein Recht, sich zu brüsten, daß sein Ziel besser geartet sei als der seines Nachbarn, der noch am Leben ist. Denn der tote Esel ist eben kein Esel mehr.

Die alte Regierung unter Kanzler Moer hat abgedankt und Präsident Hindenburg ist auf der Suche nach einem neuen Kabinette. Bei der gegenwärtigen Zusammenfassung des Reichstages, wo Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen gegen 40% der Gesamtzahl ausmachen u. die übrigen Parteien in ihren Bestrebungen hoffnungslos unter sich uneins sind, ist Hindenburgs Aufgabe eine schwierigere als jene, der er sich vor der Schlacht bei Tannenberg gegenüber sah. Das Schlimmste an der Sache ist, daß die stärkste der Parteien, die der Sozialdemokraten, und noch mehr, wenn möglich, die Kommunisten bisher niemals aufbauende Arbeit geleistet, sondern immer nur niedergeworfen haben. Und wenigstens die sozialdemokratische Partei muß in der neuen Regierung vertreten und zwar, nach ihrem Zahlenverhältnis, stark vertreten sein. Wird es ihnen nicht möglich sein, jetzt plötzlich ihre Natur zu ändern und, statt für die Partei und den Umsturz zu agitieren, für das Wohl des Landes zu arbeiten? — Der neue Reichstag trat am 13. Juni zusammen, ohne daß es vorher gelungen war, ein neues Kabinette zu bilden. Nachdem der Präsident des vergangenen Reichstages, der sozialdemokratische Abgeordnete Lööbe, abgemacht zum Reichspräsidenten erwählt war, vertagte sich der Reichstag bis zur Bildung des neuen Reichskabinettes.

Eine genauere Betrachtung des Resultates der deutschen Wahlen zeigt, daß das deutsche Volk einer ungünstigen Zukunft entgegengeht. 40% aller Wähler schwört bei Marx und Lenin, nicht also dem Christentum und allem, was auf dem Christentum beruht, feindselig gegenüber. Deren Anhänger sind seit der vorübergehenden Wahl in erschreckendem Maße gewachsen und, wenn nicht alle Zeichen trügen, ist ihr rapides Wachstum noch lange nicht auf seinem Höhepunkt angelangt. Auch von den übrigen Parteien bekennet sich d. Mehrzahl nicht mehr zum positiven Christentum. Von der Gesamtzahl der Reichstagsmitglieder ist es kaum ein Drittel, vielleicht nicht

mehr als ein Viertel, das sich noch in irgendeinem wahren Sinne des Wortes Christen nennen könnten. Und die große Mehrzahl derselben ist gegen das Christentum nicht einfach indifferent, sondern feindselig. Der letzte Reichstag wurde vorzeitig aufgelöst, weil die Parteien sich über die Frage, ob Konfessionsschule oder absolute Staatschule, nicht einigen konnten. Dies wird also eine der ersten Fragen sein, die der neue Reichstag zu entscheiden haben wird. Allen Anschein nach ist die Frage bereits gelöst: das neue Schulgesetz wird in allen Schulen, von der Volksschule an bis hinauf zur Hochschule, jeholischen religiösen Einflüssen und den religiösen Erbschulen das Wasser abherren. Auch ist es gar nicht ausgeschlossen, daß speziell die katholische Kirche in nächster Zeit einem neuen Kulturkampf entgegengeht; denn zu einem solchen waren nicht bloß die Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern auch manche andere Parteien jederzeit zu haben. Und sollte der Kulturkampf abermals zur Tatlage werden, so würde es vorzugsweise feiner von der gahnen Art der Bismarck'schen Zeit oder von der fran-

zösischen Art am Anfange des gegenwärtigen Jahrhunderts werden, er würde wahrscheinlich mehr einem russischen oder merikanischen Kulturkampf gleichen. Und wie hier, so mag es nach und nach auf anderen Gebieten geben, daß Gutes und Positives bekämpft wird, während alle Schranken und Hindernisse, die den zehrenden Elementen den Weg erschweren, beseitigt werden. So sieht also die deutsche Demokratie aus, die aber nicht ihrem Wesen nach, sondern bloß in ihrer rationalen Entwicklung und Auswirkung von anderen Demokratien der Welt verschieden ist. Wenn sie sich in Deutschland raubet, aber nicht desto weniger logisch und naturgemäß entwickelt, so ist hierfür das Schicksal Deutschlands im Kriege und noch mehr nach dem Kriege verantwortlich. Das ist die Demokratie, womit der ungeschickte Wilson die ganze Welt beglücken wollte und womit die Allierten in Wirklichkeit die unterlegenen Staaten beglücken haben. Das Volk, sich selbst überlassen, sich an kein natürliches oder göttliches Gesetz gebunden fühlend — das Volk, dessen Leidenschaften durch die

Plutarch Elias Calles

Von Hubert Becker, S. J.

Die „Katholischen Missionen“ haben zuerst in Deutschland auf die jüdische Verfolgung der Katholiken Mexikos aufmerksam gemacht. Der Tagespresse aber mußten sie es als Missionszeitung überlassen, die Öffentlichkeit auf die immer neuen u. entsetzlicheren Greuel hinzuweisen, die unter dem Namen der Freiheit an den friedlichsten Menschen verübt werden. Endlich wird heute die Stimme des Hl. Vaters gehört und das „Mouplott des Schweigens“ der großen Weltpresse verdientermaßen gebrannt. Wenn wir wieder einmal von Mexiko berichten, kann es sich nicht darum handeln, hier die einzelnen Untaten aufzuzählen, die im 1926 Woch für Woche die unveränderte Schamlosigkeit einer kultiviert sein wollenden Staatsregierung beweisen. Es kommt darauf an, den Geist zu kennzeichnen, dem sie entspringen, den Geist, der in dem Führer der Verfolgung, dem Staatspräsidenten von Mexiko, Plutarch Elias Calles, Gehalt angenommen hat.

Man hat wohl mit Unberechtigung, an der merikanischen Abkunft des „Schwarzen Joren von Mexiko“ angezweifelt und von seiner türkischen oder arabischen Abkunft gesprochen. Sicher ist nur, daß bei seiner Wahl zum Staatspräsidenten durch keine Urkunde seine Abkunft von im zweiten Grade reinen Mexikanern bemerkt werden konnte, wie es die Verfassung fordert. Calles taucht in der Geschichte auf als Lehrer an einer weltlichen Volksschule in Guanajuato in der Provinz Sonora. Die Stadt liegt am Golf von Kalifornien und zählt etwa 30.000 Einwohner. Sein Schulstudium litt sehr unter seiner Trunksucht. Es war ihm bekannt, wie sehr er im Halbrauch seine Schüler peinigete. Eine Zeitlang führte er auch die Kasse des Lehrervereins. Er veruntreute die Gelder in seinen Ausschweifungen, und die Klagen der Eltern und das öffentliche Ärgernis führten zu seiner Entlassung.

Calles ergab sich nun völlig der Jügellosigkeit, bis sein Onkel Alexander, anscheinend ein begüterter u. einflußreicher Bürger, für ihn die Stelle eines hiesigen Steuerbeam-

ten erwirkte. Es wurde die Zeiten der Diktatur des Porfirio Diaz. Der neue Beamte unternahm einige politische Propagandareisen im ganzen Staatsgebiet des Joran, bei denen stets einige Tausend New Yorker für die nötige politische Stimmung sorgten. Bei der nächsten Prüfung der Stadt, führte durch den Finanzbeamten der Provinz, Francisco Rodriguez, seinen einzigen Laufend Markt. Schon sollte der Dieb ins Gefängnis, da aber der Geheim die unterliegenden Zume erhebt, ließ man es bei seiner Ablegung bewenden. Dann wurde er, später merikanischer Konsul in New York, nahm ihn als Leihhaber in sein Hotel „Merito“ und überließ ihm bald die ganze Verwaltung. Das müde Leben brachte Calles auch hier bald in Zahlungsunvermögen, von denen ihn aber ein glücklicher Brand des Anwesens betrafte. Mit 21.000 Mark Vermögensgegenständen zog er nach Monterrey im Joran der Provinz Sonora. Seine Verwandten übergaben ihm ein Leihhaus, das er aber sofort verpachtete, um sich ganz von seinem Schuldenberge zu befreien. Dann war er ein Jüngling Bernadette einer „Wahlschlichter“, die einer amerikanischen Firma (Zunächst aus Nordkalifornien, New York) gehörte. Das blühende Geschäft, die einzige Mühle der Gegend, war in kurzer Zeit heranzuwachsend, und die Besitzer hatten den ungetreuen Pächter davon. Die Verwandten schienen nun Plutarch Elias aufzugeben zu haben. Er suchte Beschäftigung als Metzger, mit zwei Freunden (Roberto Resamora und Francisco Diaz, Pelasco) war er der Schrecken der ganzen Gegend. Mehr als ein minderjähriges Mädchen wurde während dieser Zeit zur Prostitution gezwungen. (Zitat aus einer in Los Angeles, Kal., veröffentlichten Schrift vom Jahre 1924.)

Als im Jahre 1911 Francisco Madero in den Revolutionskämpfen um die Präsidentschaft über Porfirio Diaz siegte, erklärte sich Calles, dessen früherer Anhänger, für einen Parteimann des neuen Herrschers und wurde zum Lohn Kommissar im Bezirk von Agua Prieta, an der Stelle eines hiesigen Steuerbeam-

Die Politik des Dollars

Von Dr. rer. pol. Dipl. Volkswirt Eugen W. Rogon.

Schluss.

In Nicaragua kämpfen die amerikanischen Truppen noch heute. Die U. S. A. wollten die Konkeo-Bucht als strategische Basis und einen zweiten Kanal zur Entlastung des Panamakanals. Schon 1850 waren Pläne hierzu aufgetaucht. Die Streitigkeiten darum, welche alle mittelamerikanischen Staaten berührten, hatten eine Reihe von Revolutionen zur Folge, bei denen die Union meist ihre Hand im Spiel hatte. Tampier der United States Fruit Company und andere amerikanische Schritte unter der Flagge Nicaraguas transportierten Munition und Munition für die Revolutionäre mit Waffen und Beihilfe der Vertreter des Staatssekretariats in Zentralamerika. So, als 1910 die Aufständischen von der rechtmäßigen Regierung Nicaraguas befreit wurden u. sich nach Mexiko zurückziehen mußten, wo amerikanischen Banken zur Deckung einer aus dem Jahre 1904 stammenden Anleihe der Zelle verpfändet worden waren, wurden amerikanische Marine-Truppen geschickt. Sie verhinderten die Regierungstruppen daran, Mexiko zu blockieren oder anzugreifen. So konnten die Aufständischen ihre Strafen von neuem sammeln und mit Hilfe der amerikanischen Regierung die Gewalt behaupten. Die neue, von Amerika so in den Sattel gehobene Regierung sollte ein Abkommen schließen, das der Union — wie in den Fällen San Domingo und Haiti — unter anderem das Recht der Zollverwaltung gegen Gewährung einer Anleihe zuerkaufte, praktisch also ein Protektorat errichtete. Die Opposition im Lande war nahezu einmütig, daß die Liberalen die Durchführung eines Abkommens durch das ganze Land vorhaben, der die Anleihe zu Zoll bringen soll. Die Liberalen haben eine solche Mehrheit gegenüber den Konservativen, daß ich mich heute, nochmals nachzulegen, wenigstens bis zum Jahresabschluss der Anleihe ein Kriegszugführung dauernd in Corinto unterwerfen zu lassen.“ Das Streitschiff wurde nach Nicaragua abbeordert. Am 1. September unterzeichnete Nicaragua, nachdem Überläufer in amerikanischen Senat selbst bezeugt waren, ein Abkommen über Gewährung einer Anleihe von einundzwanzig Millionen Dollars. Seitens der New Yorker Banken Brown Brothers & Co. und Seligman & Co. gegen Verpfändung von Zollen und das Recht für die Banken, die Ver. Staaten von Amerika um Schutz anzusuchen gegen Verletzungen dieses Vertrages wie um Hilfe bei der Durchführung neuer Bestimmungen. Die Banken und Nicaragua sollten Stützpunkte dem Staatssekretariat zur schiedsrichterlichen Entscheidung vorlegen. Staatssekretär Anor mos den amerikanischen Geschäftsträger an, die geschwundenen Körperchaft Nicaraguas ihre Sitzungsperiode nicht beenden zu lassen, bevor der Anleihevertrag vom 1. September ihre Erfüllung gefunden hätte. Am 9. Oktober mußte der Anleihevertrag ratifiziert werden. Auf Voranschlag der beiden genannten Banken bestimmte Staatssekretär Anor den Obersten Clifford D. Ham zum Generalvollstreckner Nicot-

guas. Um sich vollends zu sichern, verlangten die Vereinigten Staaten die Rücküberfindung einer in Vertung befindlichen neuen Verfassung von Nicaragua, welche die Unabhängigkeit der Republik gewährleisten sollte, so lange bis der neue amerikanische Gesandte in Nicaragua eingetroffen sei. Dem Gesandten bezog nicht eine ganze Reihe von Artikeln der neuen Verfassung, so unter anderem der, daß nur der Kongress von Nicaragua Anleihen genehmigen und Verträge über indirekte Verneuerung eingehen dürfe; daß Monopole zugunsten Privater unterlag kein sollten; daß öffentliche Einkünfte und Steuern nicht veräußert und verpachtet werden könnten usw. Es gelang zwar nicht, diese Verfassungsbestimmungen abzuändern, aber die Banken setzten sich fürgerhand darüber hinweg. Ein Reich von Anleiheverträgen wurde über Nicaragua ausgehandelt, stets gegen Verpfändung von Steuern, Zolleinkünften, Eisenbahnen, Dampfmaschinen usw., aus welchen es kein Entrinnen mehr gab.

Am 29. Juli 1912 eröffnete die Opposition in Nicaragua gegen den Präsidenten Adolfo Diaz, welcher in völliger Abhängigkeit von den Ver. Staaten stand, eine Revolution und beschloß, nach anderen auch einen Teil der Bahnen, Dampfmaschinen, Zoller usw. Das rief die amerikanischen Truppen auf den Plan. Der amerikanische Direktor der Bank von Nicaragua, Mr. Bundy Cole, drückte an James Brown von der Firma Brown Brothers & Co. in New York um Schutz. Die Firma erwiderte, das Staatssekretariat habe aufgehört, daß Major Miller aus Panama mit amerikanischen Marine-Truppen unterwegs sei. Am 15. August landete der Major mit 412 Mann Marine-Soldaten, von denen die Hälfte in der Nacht untergebracht wurde. Die Kämpfe zogen sich lange Zeit hin. Am 19. März 1913 waren 125 Offiziere u. 2000 Mann Truppen der Union an der Niederschlagung der revolutionären Opposition beteiligt. Nach gelungener Arbeit wurden die amerikanischen Marine-Soldaten nach von den Wahllosen Parteien, um Diaz zum Präsidenten zu machen (er wurde mit weitere vier Jahre gewählt), che sie abgaben. Ein Ansehen der Revolution zwang Diaz zu einer neuen Anleihe bei den New Yorker Banken, welche am 1. November 1912 zinslos kam, von Kongress von Nicaragua aber, nachdem die Banken bereits 250.000 Dollar vorgeschossen hatten, nicht genehmigt wurde. Am 2. Februar 1913 kam Woodrow Wilson aus Madrid. Die Banken hatten Grund, daran zu zweifeln, daß er sie ebenso unterstützen werde, wie die vorherige Regierung. Eine Veränderung des Staatssekretariats, welches zu dieser Zeit bereits an eine faulische Erweiterung eines Landstriches in Nicaragua zu Kanalbauwerken dachte, bestimmte die Banken, am 8. Oktober 1913 im Einverständnis mit dem Staatssekretariat ein neues Abkommen zu schließen, demzufolge die Republik zwei Millionen Dollars erhalten sollte; doch erhielt sie nur 772.424 Dollars, weil das andere Kapital zur Begleichung von früheren Forderungen der Banken verwendet wurde. Das Ergebnis aller dieser Schritte war, daß die amerikani-

(Fortsetzung auf S. 1)